



Rat der
Europäischen Union

122211/EU XXVII. GP
Eingelangt am 29/11/22

Brüssel, den 28. November 2022
(OR. en)

15361/22

JEUN 180
SOC 655
EDUC 409
GENDER 195
DIGIT 225

BERATUNGSERGEBNISSE

Absender: Generalsekretariat des Rates

Empfänger: Delegationen

Betr.: Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Unterstützung der generationenübergreifenden Dimension im Jugendbereich, um Dialog und sozialen Zusammenhalt zu fördern

Die Delegationen erhalten in der Anlage die oben genannten Schlussfolgerungen, die der Rat (Bildung, Jugend, Kultur und Sport) in seiner Tagung vom 28./29. November 2022 gebilligt hat.

Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Unterstützung der generationenübergreifenden Dimension im Jugendbereich, um Dialog und sozialen Zusammenhalt zu fördern

DER RAT UND DIE IM RAT VEREINIGTEN VERTRETER DER REGIERUNGEN DER
MITGLIEDSTAATEN —

IN ANBETRACHT DES FOLGENDEN:

1. Gemäß dem Europäischen Jugendziel #3 im Rahmen der EU-Jugendstrategie mit dem Titel „Inklusive Gesellschaften“ ist vorgesehen, „mehr Räume, Chancen, Mittel und Programme“ bereit[zu]stellen, die den Dialog¹ und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, sowie Diskriminierung und Ausgrenzung [zu] bekämpfen“, und das Europäische Jugendziel #4 mit dem Titel „Information und konstruktiver Dialog“ enthält die Zielvorgabe, sicher zu stellen, dass junge Menschen „sich an einem partizipativen und konstruktiven Dialog beteiligen“.
2. Ausgehend von bestehenden Möglichkeiten auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene wird im Jahr der Jugend (2022) die Notwendigkeit der Teilhabe, Wertschätzung, Unterstützung und Einbindung junger Menschen anerkannt, um sicherzustellen, dass ihre Interessen und Bedürfnisse bei politischen Maßnahmen in allen Politikbereichen gebührend berücksichtigt werden.² Die generationenübergreifende Dimension der Jugendpolitik erweist sich für die Verwirklichung der Ziele des Jahres der Jugend und für eine Sicherung seines Vermächtnisses im Sinne des sozialen Zusammenhalts als unerlässlich.

¹ Für die Zwecke dieser Schlussfolgerungen des Rates ist unter dem Begriff „Dialog“ „Generationendialog“ zu verstehen.

² Beschluss (EU) 2021/2316 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Dezember 2021 über ein Europäisches Jahr der Jugend (2022), ABl. L 462 vom 28.12.2021, S. 1.

3. Jugendarbeit birgt unter anderem das Potenzial, dazu beizutragen, junge Menschen aus unterschiedlichen Verhältnissen und Lebensbedingungen, einschließlich junger Menschen mit geringeren Chancen, in verschiedene Arten von generationenübergreifenden Projekten und Aktivitäten einzubeziehen; so kann sie als wertvolles Instrument dienen, den Generationendialog sowie die Solidarität zwischen den Generationen und die Generationengerechtigkeit zu fördern und positive Beziehungen zwischen Menschen verschiedener Generationen aufzubauen.
4. Jugendräte, Jugendorganisationen, Strukturen der Jugendarbeit, Jugendnetzwerke und informelle Gruppierungen junger Menschen können eine wichtige Rolle dabei spielen, den Generationendialog sowie die Generationengerechtigkeit und die Solidarität zwischen den Generationen zu fördern. Mit dem Sachverständ³ und dem Know-how der Jugend schaffen sie Raum für Experimente und können dadurch einen Beitrag leisten, um innovative Lösungen und Modelle für eine Zusammenarbeit zwischen den Generationen zu ermitteln.
5. Die COVID-19-Pandemie und der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine – der 2022 in Europa zu einem beispiellosen Zustrom ukrainischer Flüchtlinge geführt hat – haben gezeigt, dass Freiwillige aller Altersgruppen für die Gesellschaft bei der Förderung der gesellschaftlichen Resilienz in Krisensituationen überaus wichtig sind. Junge Menschen, die während der Pandemie und des Flüchtlingszustroms Freiwilligenarbeit in den Mitgliedstaaten geleistet haben, haben ihr Potenzial unter Beweis gestellt, Solidarität zwischen den Generationen zu fördern und generationenübergreifende Verbundenheit zwischen jungen Menschen und Menschen anderer Altersgruppen aufzubauen.⁴
6. Generationenübergreifende Freiwilligkeit führt jüngere und ältere Menschen in zielgerichteten und für beide Seiten vorteilhaften Aktivitäten, Programmen und Projekten zusammen, die Solidarität, ein tieferes Verständnis und Respekt zwischen den Generationen fördern und dazu beitragen, Gemeinschaften mit größerem Zusammenhalt aufzubauen.

³ Unter dem Begriff „Sachverständ der Jugend“ ist das Weltwissen junger Menschen in Bereichen, die sie als gut und funktionierend erlebt haben, zu verstehen.

⁴ Antworten der Mitgliedstaaten in regelmäßig aktualisierten Fragebögen zu von den Mitgliedstaaten während der COVID-19-Pandemie unter ungarischem, deutschem, portugiesischem und slowenischem Vorsitz ergriffenen Maßnahmen im Bildungs- und Jugendbereich.

7. Die digitale Kluft ist ein weiteres Beispiel für langjährige Ungleichheit bei der Entwicklung von Kompetenzen und beim Zugang zu neuen Technologien. Im Grünbuch der Kommission zum Thema Altern wird anerkannt, dass „Investitionen in digitale Kompetenzen, die Entwicklung von Gemeinschaften und den Zusammenhalt zwischen den Generationen eine Verschlechterung der psychischen Gesundheit und des seelischen Wohlbefindens verhindern und Ungleichheiten verringern“ können.⁵ Die Weitergabe von Kompetenzen und Kenntnissen im digitalen Bereich eröffnet Möglichkeiten für junge Menschen, eine führende Rolle zu übernehmen und einen Beitrag zu stärkerer Sensibilisierung für generationenübergreifende Verbundenheit mit älteren Menschen zu leisten.⁶
8. EU-Programme und Initiativen wie Erasmus+, das Europäische Solidaritätskorps, der EU-Jugenddialog, das Europäische Jahr der Jugend (2022), die Konferenz zur Zukunft Europas, das Neue Europäische Bauhaus sowie die europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds), einschließlich der Initiative ALMA (Aim, Learn, Master, Achieve – Anvisieren, Lernen, Meistern, Ankommen), im Rahmen des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) und des Aufbauinstruments der Europäischen Union (NextGenerationEU), stellen potenziell wertvolle Instrumente zur Förderung des Generationendialogs und zur Ermutigung zu Solidarität zwischen den Generationen im Jugendbereich auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene dar. Projekte auf der Grundlage von Freiwilligenarbeit und solidarische Tätigkeiten sind der lebendige Beweis des Engagements junger Menschen, sich – unter anderem – aktiv für den Generationendialog und die Solidarität zwischen den Generationen einzusetzen.

⁵ Grünbuch der Kommission zum Thema Altern: Förderung von Solidarität und Verantwortung zwischen den Generationen, COM(2021) 50 final, ABl. C 50 vom 27.1.2021, S. 21.

⁶ EURACTIV-Sonderbericht: „Golden years: Opportunities for Europe’s ageing population“ (Die goldenen Jahre: Chancen für Europas alternde Bevölkerung), 22. Juni 2022, mit Bezugnahme auf Edwards Lifesciences: „Unifying Generations: Building the Pathway to Intergenerational Solidarity“ (Suche nach Einheit zwischen den Generationen: ein Pfad zur Solidarität zwischen den Generationen), 21. Juni 2022.

9. Die Förderung der Generationengerechtigkeit im Wege jugendbezogener politischer Maßnahmen⁷ auf allen Ebenen ist von großer Bedeutung, insbesondere in ländlichen, abgelegenen und weniger entwickelten Gebieten sowie in Gebieten in äußerster Randlage. Das Schrumpfen des Anteils jüngerer Generationen an der Bevölkerung in allen Mitgliedstaaten⁸ und die Abwanderung von Hochqualifizierten stellen eine ernste Herausforderung für viele dieser Gemeinschaften dar; daher ist es unerlässlich, der Generationengerechtigkeit eine höhere Priorität einzuräumen, indem unterstützende jugendbezogene politische Maßnahmen⁹ formuliert werden, um den Zusammenhalt zu gewährleisten.
10. Geschlechtergleichstellung¹⁰ muss bei der Unterstützung einer generationenübergreifenden Dimension in jugendbezogenen politischen Maßnahmen und in der Jugendarbeit sichergestellt werden. Dies erfordert Anstrengungen nicht nur seitens der Regierungen, sondern auch seitens der Zivilgesellschaft, einschließlich der Jugendorganisationen, der Jugendleiterinnen und -leiter, der Jugendarbeiterinnen und -arbeiter, der Medien und des privaten Sektors.
11. Der EU-Jugenddialog, als der bedeutendste Mechanismus zur Beteiligung der Jugend in der EU, und das Co-Management-System des Europarats schaffen Räume für die Gestaltung eines Generationendialogs als einen Prozess, in dem Menschen unterschiedlichen Alters Foren für gemeinsame Reflexion und gemeinsames Gestalten geboten werden. Auf der EU-Jugendkonferenz in Prag, vom 11. bis zum 13. Juli 2022, vertraten junge Menschen die Ansicht, dass der Generationendialog den direkten Jugenddialog mit politischen Entscheidungsträgern nicht ersetzen, sondern vielmehr parallel zu diesem stattfinden sollte;

⁷ Jugendbezogene politische Maßnahmen sind politische Maßnahmen, die sich auf das Leben junger Menschen auswirken und in deren Zentrum die Verbesserung der Lebensbedingungen und Chancen junger Menschen sowie die Förderung von Möglichkeiten zur gleichberechtigten Teilhabe junger Menschen am wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben stehen.

⁸ UNECE Policy Brief on Ageing (VN-Wirtschaftskommission für Europa (UNECE), Kurzdossier zum Thema Altern) Nr. 18, März 2017.

⁹ Unterstützende jugendbezogene politische Maßnahmen beruhen auf der Bewertung der Bedürfnisse junger Menschen und beziehen sich auf verschiedene Aspekte der Politik, die nicht in Dokumenten zu allgemeineren politischen Strategien behandelt werden, beispielsweise Wohlergehen, psychische Gesundheit, Wohnsituation, Zugang zu Infrastruktur oder Diensten etc.).

¹⁰ Die Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter bildet den Rahmen für die Arbeit der Europäischen Kommission auf dem Gebiet der Gleichstellung der Geschlechter und gibt die politischen Ziele und die wichtigsten Maßnahmen für den Zeitraum 2020-2025 vor. Mitteilung der Kommission, COM(2020) 152 final.

IN DER ERWÄGUNG DES FOLGENDEN:

12. Es ist wichtig, den Dialog sowohl zwischen jungen Menschen als auch zwischen jungen und älteren Generationen zu fördern. Das Zusammenführen der Erfahrungen und Kompetenzen verschiedener Generationen bringt erhebliche Vorteile mit sich und trägt zum Aufbau friedlicher und von Zusammenhalt geprägter Gesellschaften bei, die auf gegenseitigem Respekt, Empathie, Solidarität und Verständnis für die Bedürfnisse aller Altersgruppen gegründet sind.
13. Die Einbeziehung junger Menschen in einen Generationendialog und in generationenübergreifende Solidaritätsprojekte, einschließlich Freiwilligentätigkeiten, ermöglicht es jungen Menschen, Querschnittskompetenzen und soziale Kompetenzen zu erwerben, die sie auch in anderen Lebensbereichen anwenden können. Durch die aktive Einbeziehung verschiedener Generationen in den Generationendialog wird ein Beitrag zur Entwicklung von interpersonellen Fähigkeiten und Kompromissbereitschaft geleistet; zudem können durch soziales Engagement, die Pflege sozialer Kontakte und das Verhindern sozialer Isolation die Resilienz und das Wohlergehen der Gesellschaft gestärkt werden.
14. Die Förderung der Generationengerechtigkeit im Wege eines ganzheitlichen und zukunftsorientierten Ansatzes bei der Erarbeitung jugendbezogener politischer Maßnahmen trägt zum sozialen Zusammenhalt bei. Politische Entscheidungsträger sollten – mit Unterstützung durch Forschende, Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter, Jugendorganisationen, andere Fachkräfte¹¹ und weitere einschlägige Interessenträger – starkes politisches Engagement zeigen, um Ungleichheiten sowohl innerhalb einer Generation als auch zwischen den Generationen sowie generationenübergreifende Herausforderungen anzugehen. Sie sollten Zugang zu den auf nationaler oder europäischer Ebene vorhandenen, nach Alter aufgeschlüsselten Daten und wissenschaftlichen Erkenntnissen haben, mit denen Ungleichheiten zwischen jungen Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund und mit einem unterschiedlichen Lebensumfeld sowie zwischen verschiedenen Altersgruppen erfasst werden.

¹¹ Für die Zwecke dieser Schlussfolgerungen des Rates ist unter dem Begriff „andere Fachkraft“ eine Person zu verstehen, die – je nach den unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten – gewöhnlich als Mentor bzw. Mentorin oder als Lehr- oder Ausbildungskraft im Bereich der allgemeinen oder beruflichen Bildung oder der Erwachsenenbildung oder als Fachkraft aus dem Bereich der Wissenschaft angesehen wird und politischen Entscheidungsträgern, Jugendarbeiterinnen und -arbeitern sowie Freiwilligen, die im Jugendbereich tätig sind, Schulungen oder Ausbildungen anbietet, um ihnen die Kompetenzen zu vermitteln, die sie für ihre Arbeit oder Tätigkeit benötigen.

15. Politische Entscheidungsträger, Jugendorganisationen, einschließlich der lokalen Jugendräte, junge Menschen, Jugendarbeiterinnen und -arbeiter, Jugendleiterinnen und -leiter, Forschende, Lehr- und Ausbildungskräfte sowie andere einschlägige Interessenträger sollten gegebenenfalls zusätzliche Maßnahmen und innovative Ansätze in Erwägung ziehen, durch die junge Menschen mit anderen Altersgruppen im Entscheidungsprozess zusammengeführt werden könnten.
16. Die Heterogenität der Generationen in Bezug auf unterschiedliche individuelle und gruppenbezogene Merkmale, einschließlich geistiger und körperlicher Fähigkeiten, sozioökonomischer Bedingungen sowie der von ihnen vertretenen Identitäten, muss respektiert werden, sodass allen Generationen die gleichen Möglichkeiten zu einer umfassenden und wirksamen Teilhabe an einem Generationendialog auf allen Ebenen, auf denen Entscheidungen getroffen werden, die ihr persönliches, berufliches oder gesellschaftliches Leben betreffen, offenstehen.
17. Es ist wichtig, bezahlte sowie freiwillige Jugendarbeiterinnen und -arbeiter bei der Förderung und Umsetzung der generationenübergreifenden Dimension im Rahmen ihrer Tätigkeit zu unterstützen. Die Aus- und Weiterbildung bezahlter und freiwilliger Jugendarbeiterinnen und -arbeiter in Bezug auf die generationenübergreifende Dimension sollte gegebenenfalls angepasst werden, um die Solidarität zwischen den Generationen und die Generationengerechtigkeit im Bereich der Jugendarbeit und der Freiwilligentätigkeiten zu fördern.
18. Die Einbeziehung von Forschenden in die Entwicklung langfristiger struktureller Maßnahmen zur Förderung von Solidarität und Gerechtigkeit zwischen den Generationen, z. B. durch Einführung von Indikatoren für die Generationengerechtigkeit oder durch regelmäßige wissenschaftliche Veröffentlichungen, in denen die Generationengerechtigkeit untersucht wird, sollte geprüft werden.

19. Durch innovative Initiativen im Rahmen eines Generationendialogs über die Entwicklung digitaler Kompetenzen können junge Europäerinnen und Europäer dazu ermutigt werden, die Einbeziehung ihrer eigenen Altersgruppe sowie älterer Menschen in den digitalen Wandel zu erleichtern. Durch solche Initiativen, die darauf ausgerichtet sind, Gemeinschaften zu befähigen, ihre digitalen Kompetenzen zu stärken, kann ein Beitrag geleistet werden, um die Einsamkeit der Mitglieder der Gemeinschaften zu verringern, ihr Wohlergehen und ihre soziale Inklusion zu verbessern und so den sozialen Zusammenhalt aufzubauen.
20. Nachhaltige Entwicklung, entsprechend den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung, und die Notwendigkeit, die soziale Dimension dieses Begriffs zu stärken, erfordern das aktive Engagement der Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen für den Aufbau sicherer, inklusiver und von Zusammenhalt geprägter Gemeinschaften. Die gesellschaftliche Anerkennung der unterschiedlichen Bedürfnisse und Pflichten der verschiedenen Altersgruppen kann durch Veranstaltungen und Freiwilligentätigkeiten gestärkt werden, bei denen Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Altersgruppen zusammenkommen, sodass jüngeren und älteren Generationen die Möglichkeit zum Meinungsaustausch über Themen im Zusammenhang mit einem nachhaltigen Europa geboten wird.
21. das Verständnis für die Generationenvielfalt hat erhebliche Auswirkungen im Hinblick auf den Aufbau von Kapazitäten, damit gesunde Beziehungen zwischen den Generationen und ein sozialer Zusammenhalt entstehen können. Um den Dialog zwischen jüngeren und älteren Generationen zu fördern, sollte auch Kindern die Möglichkeit zur Teilhabe am Generationendialog geboten werden, im Hinblick darauf, eine gemeinsame Erfahrung eines konstruktiven Dialogs zu schaffen und dabei von Kindheit an gegenseitigen Respekt und gegenseitige Empathie zu lernen —

ERSUCHEN DIE MITGLIEDSTAATEN, AUF DEN ENTSPRECHENDEN EBENEN

22. politische Entscheidungsträger für Erwägungen zur Generationengerechtigkeit zu sensibilisieren und ihnen wissenschaftliche Erkenntnisse, Informationen, Daten und andere einschlägige Ressourcen, die sie für eine Stärkung der Gleichstellung der Altersgruppen benötigen, zur Verfügung zu stellen;
23. Möglichkeiten zu prüfen, in jugendpolitische Konzepte und Strategien gegebenenfalls Zielsetzungen und Maßnahmen aufzunehmen, die die generationenübergreifende Dimension widerspiegeln. Diese Zielsetzungen und Maßnahmen sollten auf der Grundlage von Wissen, Fakten und bewährten Verfahren sowie aufgrund der Konsultation verschiedener Gruppen junger Menschen, ihrer repräsentativen Organisationen und anderer einschlägiger Interessenträger erarbeitet werden, um bedarfsgerechtere und inklusivere politische Ergebnisse zu erzielen;
24. in enger Zusammenarbeit mit Jugendorganisationen, Jugendräten sowie lokalen, regionalen und nationalen Behörden und Gemeinschaften Konsultationen mit jungen Menschen und deren aktive und substanzelle Beteiligung an der Entwicklung, Umsetzung und Bewertung der generationenübergreifenden Dimension aller jugendbezogenen politischen Maßnahmen zu unterstützen und zu erleichtern;
25. die Schaffung von Möglichkeiten und den Zugang zu Räumen für junge Menschen zu erleichtern, damit jungen Menschen die Beteiligung an einem echten Generationendialog in öffentlichen Entscheidungsprozessen in allen Politikbereichen, die ihr Leben und ihr Wohlergehen betreffen, ermöglicht wird, indem gezielte Maßnahmen zur Einbeziehung insbesondere junger Menschen mit geringeren Chancen und unterrepräsentierter Gruppen junger Menschen umgesetzt werden;
26. Wege zu finden, wie politische Entscheidungsträger, Forschende, Jugendarbeiterinnen und -arbeiter und junge Menschen zusammenkommen können, um das Instrumentarium für den Generationendialog, beispielsweise entsprechende Toolkits, zu erarbeiten, und gleichberechtigten Zugang zu Informationen zu ermöglichen, wie junge Menschen im Rahmen der Möglichkeiten des Generationendialogs gehört werden können;

27. die Möglichkeiten zu nutzen, die das Europäische Solidaritätskorps und das Programm Erasmus+ bieten, um die Entwicklung und Umsetzung von Strategien zum Kapazitätsaufbau für Jugendorganisationen und junge Menschen zu unterstützen, durch die ein Beitrag zur Entwicklung der Freiwilligenarbeit in der Gemeinschaft geleistet wird, indem Partnerschaften geschaffen werden, die die Vielfalt der gesamten Gemeinschaft und die Bedürfnisse der verschiedenen Generationen widerspiegeln;
28. Möglichkeiten zu sondieren, wie durch bestehende kompetenzbasierte Rahmen¹² für die formale und nichtformale Aus- und Weiterbildung im Bereich der Jugendarbeit ein Beitrag geleistet werden kann, der generationenübergreifenden Dimension in Aktivitäten der Jugendarbeit Rechnung zu tragen;

ERSUCHEN DIE MITGLIEDSTAATEN UND DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION, IN IHREN JEWEILIGEN ZUSTÄNDIGKEITSBEREICHEN UND AUF DEN ENTSPRECHENDEN EBENEN IM EINKLANG MIT DEM SUBSIDIARITÄTSPRINZIP

29. die Nutzung bestehender Leitlinien, Instrumentarien¹³ und Mechanismen, wie beispielsweise Bürgerforen¹⁴ zu prüfen, um die Integration der Jugenddimension in sektorbezogene Maßnahmen zu fördern und dadurch die Politikkohärenz zu verbessern, um Maßnahmen und Dienste zu erarbeiten, die den Bedürfnissen junger Menschen besser gerecht werden;

¹² Empfehlung CM/Rec(2017)4 des Ministerkomitees des Europarates an die Mitgliedstaaten über Jugendarbeit.

¹³ OECD (2020): „Governance for Youth, Trust and Intergenerational Justice: Fit for all Generations?“ (Governance für die Jugend, Vertrauen und Gerechtigkeit zwischen den Generationen: Fit für alle Generationen?), OECD Public Governance Reviews, OECD Publishing, Paris, oder: Vereinte Nationen: Jugendstrategie, Youth Marker: „Youth 2030: Working with and for young people“ (Jugend 2030: Die Jugendstrategie der Vereinten Nationen – Mit jungen Menschen und für junge Menschen arbeiten).

¹⁴ COM(2022) 404 final: Bürgerforen ermöglichen es Bürgerinnen und Bürgern, gemeinsam über ihnen wichtige Themen nachzudenken. So waren die europäischen Bürgerforen beispielsweise ein zentrales Element der Konferenz zur Zukunft Europas. Wie im Rahmen der Konferenz sollten die Teilnehmenden nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden. Sie sollten jedoch auch die Vielfalt und Demografie Europas widerspiegeln. Junge Menschen sollten ein Drittel der Teilnehmenden ausmachen. Gegebenenfalls wird in die Folgenabschätzung ein „Bürgerbericht“ aufgenommen, wobei die Ergebnisse dieser partizipativen und deliberativen Prozesse zusammengefasst werden. Wenn alle Teilnehmenden junge Menschen sind, wird dies als „Jugendtest“ bezeichnet. Das erste dieser neuen Generation von Bürgerforen wird im Nachgang zur Rede zur Lage der Union 2022 in die Wege geleitet.

30. die Nutzung bestehender Beteiligungsmechanismen und -plattformen, wie der Sitzungssimulationen im Rahmen des Europäischen Jugendparlaments und des politischen Dialogs mit Entscheidungsträgern auf lokaler, nationaler, regionaler und europäischer Ebene fortzusetzen, um den Generationendialog zwischen jungen Menschen und Interessenträgern mit Entscheidungsmandaten auf allen Ebenen zu fördern;
31. bestehende Netze und Instrumente, unter anderem „Eurodesk“ und das europäische Jugendportal, zu nutzen, um auf nutzerfreundliche Weise Informationen über die verschiedenen von der EU bereitgestellten Möglichkeiten zur Entwicklung und Umsetzung von Projekten und Initiativen zur Unterstützung des Generationendialogs, der Solidarität zwischen den Generationen und der Generationengerechtigkeit zu verbreiten;
32. den Austausch bewährter Verfahren in Bezug auf das gemeinsame Engagement jüngerer und älterer Bürgerinnen und Bürger für solidarische Tätigkeiten und gemeinschaftliche Planung, die in Programmen wie Erasmus+ und dem Europäischen Solidaritätskorps entwickelt wurden, sowie auf lebenslanges Lernen mithilfe bestehender Instrumente und Plattformen der EU zu erleichtern, um den sozialen Zusammenhalt in lokalen Gemeinschaften zu stärken;
33. Bildungsmaßnahmen wie Seminare, Peer-Learning-Aktivitäten oder entsprechende andere Formen der Zusammenarbeit zwischen Interessenträgern aus verschiedenen Politikbereichen, jungen Menschen und Jugendorganisationen zu organisieren, mittels derer diese voneinander über den Generationendialog, die Solidarität zwischen den Generationen und über Generationengerechtigkeit lernen können;
34. innerhalb des bestehenden Rahmens und bestehender Programme junge Menschen zu unterstützen und, sofern möglich, zu prüfen, ob Räume und Initiativen für junge Menschen geschaffen werden können, sowie, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, jungen Menschen zu ermöglichen, an Aktivitäten teilzunehmen, die den Generationendialog fördern;

ERSUCHEN DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION, IM EINKLANG MIT DEM
SUBSIDIARITÄTSPRINZIP

35. Synergien zwischen der Jugendpolitik und weiteren jugendbezogenen politischen Maßnahmen und Programmen zu fördern, um die Ziele der EU-Jugendstrategie zu verwirklichen, einschließlich der Europäischen Jugendziele #3 „Inklusive Gesellschaften“ und #4 „Information und konstruktiver Dialog“, wobei in diesen beiden Zielen sowohl der Dialog und der soziale Zusammenhalt als auch das Engagement in einem respektvollen und gewaltfreien Dialog enthalten sein sollten;
36. die Rolle des EU-Jugendkoordinators bei der Sensibilisierung für die Notwendigkeit, generationenübergreifende Themen in allen relevanten Politikbereichen zu behandeln, hervorzuheben;
37. den Austausch bewährter Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten zur Förderung des Generationendialogs und der Solidarität zwischen den Generationen zu erleichtern, indem das Europäische Jugendportal, YouthWiki und EU-Programme und -Initiativen wie Erasmus+, das Europäische Solidaritätskorps, Kreatives Europa und das Neue Europäische Bauhaus genutzt werden;

ERSUCHEN ALLE AN EUROPÄISCHEN KOOPERATIONSTÄTIGKEITEN IM JUGENDBEREICH BETEILIGTEN AKTEURE,

38. den Europäischen Tag der Solidarität zwischen den Generationen zu unterstützen, der seit 2009 jedes Jahr am 29. April begangen wird und eine gute Gelegenheit für die Union darstellt, ihr Engagement für die Stärkung der Solidarität und Zusammenarbeit zwischen den Generationen zu erneuern, um eine faire und nachhaltige Gesellschaft zu fördern;¹⁵
39. Anreize für den Generationendialog zu bieten, um Altersdiskriminierung zu bekämpfen, indem verschiedene Altersgruppen zusammengeführt werden und es ihnen ermöglicht wird, einander besser kennenzulernen, voneinander zu lernen und im Alltag zusammenzuarbeiten;
40. gemeinsame Anstrengungen zur Umsetzung des Europäischen Jugendziels #4 zu unternehmen, indem verschiedene Generationen in gemeinsame Tätigkeiten einbezogen werden, die darauf ausgerichtet sind, lokale Gemeinschaften in die gezielte Bekämpfung von Desinformations- und Propagandakampagnen einzubeziehen. Gegebenenfalls sollten Programme zur Förderung der Medienkompetenz, die darauf ausgerichtet sind, die Resilienz der Gesellschaft gegenüber gezielten Desinformations- und Falschinformationskampagnen zu stärken, evaluiert und für eine Verbreitung sowohl im Wege der formalen Bildung als auch in nichtformalen Lernumgebungen in Betracht gezogen werden. Dies ist im Zusammenhang mit Desinformations- und Falschinformationskampagnen in Krisensituationen wie der COVID-19-Pandemie und dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine im Jahr 2022 besonders wichtig.

¹⁵ Beschluss Nr. 940/2011/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2011 über das Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen (2012), ABl. L 246 vom 23.9.2011, S. 5.

a) UNTERLAGEN

Mit der Annahme dieser Schlussfolgerungen haben der Rat und die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten folgende Dokumente zur Kenntnis genommen:

- Empfehlung des Rates vom 5. April 2022 über die Mobilität junger Freiwilliger innerhalb der Europäischen Union, ABl. C 157 vom 11.4.2022, S. 1.
- Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Förderung des Engagements junger Menschen als Akteure des Wandels zum Schutz der Umwelt, ABl. C 159 vom 12.4.2022, S. 9.
- Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Europäisches Jahr der Jugend (2022), ABl. L 462 vom 28.12.2021, S. 1.
- Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Gewährleistung und Schaffung eines bürgerlichen Raumes für junge Menschen, der der Jugend eine substanzielle Teilhabe ermöglicht, ABl. C 501I vom 13.12.2021, S. 19.
- Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Stärkung der Mehrebenen-Governance bei der Förderung der Teilhabe junger Menschen an Entscheidungsprozessen, ABl. C 241 vom 21.6.2021, S. 3.
- Europäische Kommission: Grünbuch der Kommission zum Thema Altern: Förderung von Solidarität und Verantwortung zwischen den Generationen, COM(2021) 50 final.
- Schlussfolgerungen des Rates zur durchgängigen Berücksichtigung des Alterns in der öffentlichen Politik, Dokument ST 6976/21.

- Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Förderung des Demokratiebewusstseins und des demokratischen Engagements junger Menschen in Europa, ABl. C 415 vom 1.12.2020, S. 16.
- Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten – Mehr Chancen für junge Menschen in ländlichen und abgelegenen Gebieten, ABl. C 193 vom 9.6.2020, S. 3.
- Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten zur Erstellung von Leitlinien für die Steuerung des EU-Jugenddialogs – EU-Jugendstrategie 2019-2027, ABl. C 189 vom 5.6.2019, S. 1.
- Entwurf einer Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zu einem Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa: die EU-Jugendstrategie 2019-2027, ABl. C 456 vom 18.12.2018, S. 1.
- Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über das Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen (2012), ABl. L 246 vom 23.9.2011, S. 5.
- Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Neues Europäisches Bauhaus, attraktiv – nachhaltig – gemeinsam, COM(2021) 573 final.
- Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: EU-Kinderrechtsstrategie, COM(2021) 142 final.

- European Council on Foreign Relations, Kurzbericht, September 2021, Europe's invisible divides: How covid-19 is polarising European politics (Europas unsichtbare Spaltung: Wie COVID-19 die europäische Politik polarisiert).
- Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Eine Union der Gleichheit: Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025, COM(2020) 152 final.
- Europäische Kommission: Mapping study on the intergenerational dimension of sport: final report to the European Commission (Mapping-Studie zur generationenübergreifenden Dimension des Sports, Abschlussbericht an die Europäische Kommission), Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2020.
- Europäische Kommission: Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte.
- Europäische Kommission: Die Europäische Säule sozialer Rechte in 20 Grundsätzen.
- OECD, Recommendation of the Council on Creating Better Opportunities for Young People (Empfehlung des Rates zur Schaffung besserer Chancen für junge Menschen), OECD/LEGAL/0474, 10.6.2022.

- OECD-Bericht: „Governance for Youth, Trust and Intergenerational Justice: Fit for all Generations?“ (Governance für die Jugend, Vertrauen und Gerechtigkeit zwischen den Generationen: Fit für alle Generationen), 22.11.2020.
- OECD-Bericht: „Youth and Covid-19: Response, Recovery and Resilience“ (Jugend und COVID-19: Reaktion, Erholung, Resilienz), 11.6.2020.
- Europäische Kommission: Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen: Leitlinien für bessere Rechtsetzung, SWD(2021) 305 final, 3.11.2021.
- Vereinte Nationen: Youth Strategy „Youth 2030: Working with and for young people“ (Jugend 2030: Die Jugendstrategie der Vereinten Nationen – Mit jungen Menschen und für junge Menschen arbeiten).
- Deležan Tomaž: Derailing modern democracies: the case of youth absence from an intergenerational perspective (Moderne Demokratien entgleisen: für eine generationenübergreifende Perspektive fehlt die Jugend), Annales, 2018.
- Deležan Tomaž: Intergenerational dialogue for democracy (Generationendialog für die Demokratie), International IDEA: Diskussionspapier 1/2017.
- „Letter to EU Institutions“ der „Parents for Future“ in Europa an die EU-Organe, 12. Juni 2020.

b) DIE WICHTIGSTEN BEGRIFFSBESTIMMUNGEN FÜR DIE ZWECKE DIESER SCHLUSSFOLGERUNGEN

„Unterstützung einer generationenübergreifenden Dimension in jugendpolitischen Entscheidungen und in der Jugendarbeit“ bedeutet Förderung des Generationendialogs, der Solidarität zwischen den Generationen und der Generationengerechtigkeit bzw. des Ausgleichs zwischen den Generationen im Jugendbereich im Rahmen des Mandats der EU-Jugendstrategie 2019–2027 durch

- innovative sektorübergreifende jugendpolitische Maßnahmen (beispielsweise Festlegung der generationenübergreifenden Dimension als eine der horizontalen Prioritäten, der Säulen oder eines der strategischen oder operativen Ziele in Dokumenten zur Jugendpolitik), durch die der Dialog in Entscheidungsprozessen gefördert wird, damit junge Menschen zu gleichberechtigter Mitsprache bei Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, ermächtigt werden und dadurch Vielfalt und Gerechtigkeit zwischen den Altersgruppen im öffentlichen Leben auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene gefördert werden, und
- Bereicherung der Jugendarbeit durch Integration der Solidarität zwischen den Generationen und des Generationendialogs in Maßnahmen im Bereich der Jugendarbeit und in Freiwilligentätigkeiten.

Unter dem Begriff „Generationendialog“ ist ein interaktiver, geschützter Raum für Beteiligung zu verstehen, als eine Chance für jüngere und ältere Generationen, zusammenzukommen, um gemeinsames Wissen und gemeinsame Erfahrung zu schaffen. Dieser Dialog kann im Wege verschiedener Mechanismen geführt werden (z.B. Umfragen, Treffen, Gesprächsrunden, Bürgerforen, spezifische Foren oder beratende Gremien), mit dem Ziel, ein hohes Niveau an informierter Bürgerschaft und gemeinsamer Entscheidungsfindung sowie die Einbeziehung der Grundsätze der Generationengerechtigkeit und des Ausgleichs zwischen den Generationen in die verschiedenen Governance-Ebenen zu erreichen.

„Gleichstellung der Generationen“ bedeutet Bereitstellung des gleichen Niveaus an Möglichkeiten und Unterstützung für alle Altersgruppen in der Gesellschaft. Damit sollen gleiche Rechte und Pflichten für alle gewährleistet werden.

„Generationengerechtigkeit“ bedeutet Anerkennung der Unterschiedlichkeit der Bedürfnisse der verschiedenen Altersgruppen sowie der Notwendigkeit von Anpassungen bei Ungleichgewichten. Es handelt sich dabei um einen kontinuierlichen Prozess, und beabsichtigte und unbeabsichtigte sowie aus Vorurteilen erwachsende und strukturelle Hindernisse müssen erkannt und überwunden werden. Hierbei bedeutet Gerechtigkeit die Bereitstellung von Unterstützung und Hilfe in unterschiedlichem Ausmaß, abhängig von den spezifischen Bedürfnissen oder Fähigkeiten der verschiedenen Altersgruppen. Dadurch wird sichergestellt, dass alle Gruppen die Ressourcen erhalten, die sie benötigen, damit sie Zugang zu den gleichen Möglichkeiten haben.

„Gerechtigkeit zwischen den Generationen“ bezieht sich auf Fairness zwischen den Generationen, ausgehend von dem Gedanken, dass das Streben nach Wohlstand der gegenwärtigen Generation nicht dazu führen sollte, dass die Chancen der künftigen Generationen auf ein gutes und menschenwürdiges Leben sinken (Vereinte Nationen, 2013¹⁶). Im Kontext dieser Schlussfolgerungen des Rates bezieht sich der Begriff der Gerechtigkeit zwischen den Generationen auf Beziehungen zwischen gegenwärtigen Generationen, d. h. zwischen der jüngeren und der älteren Generation.

Der Begriff „Solidarität zwischen den Generationen“ bezieht sich auf gegenseitige Unterstützung und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Altersgruppen, damit eine Gesellschaft entsteht, in der Menschen aller Altersgruppen, entsprechend ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten, sowohl Aufgaben zu erfüllen haben als auch vom wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Gemeinschaft gleichberechtigt profitieren können.

¹⁶ Vereinte Nationen: Intergenerational solidarity and the needs of future generations, (Solidarität zwischen den Generationen und Bedürfnisse künftiger Generationen), Bericht des Generalsekretärs, A/68/322, 2013.

c) ZUSAMMENFASSUNG DES ABSCHLUSSBERICHTS ÜBER DIE KONSULTATIONEN AUF NATIONALER EBENE IM RAHMEN DES NEUNEN ZYKLUS DES EU-JUGENDDIALOGS

Die Konsultationsphase des neunten Zyklus des EU-Jugenddialogs begann im Januar 2022 und dauerte bis August 2022. Die Zusammenfassung der Ergebnisse des neunten Zyklus des EU-Jugenddialogs (EUYD9) enthält Ergebnisse der von den nationalen Arbeitsgruppen durchgeführten Konsultationen, des Beitrags Internationaler Nichtstaatlicher Jugendorganisationen, die am neunten Zyklus teilnehmen, sowie der EU-Jugendkonferenz in Prag (Tschechische Republik).¹⁷ Ebenfalls enthalten sind die Ergebnisse der Sammlung bewährter Verfahren im Rahmen des Zwischenberichts.¹⁸

Ergebnisse zu Unterthema 1: „Information und Bildung“

Nach Ansicht der jungen Menschen, die an den Konsultationen teilgenommen haben, sollten Informationsquellen und Möglichkeiten zum Lernen über den Klimawandel

- jugendgerecht, leicht zugänglich und in mehreren Formaten und Sprachen verfügbar sein,
- die Relevanz des Klimawandels für das Leben vieler verschiedener junger Menschen sichtbar machen,
- umfassend, vertrauenswürdig und wissenschaftlich fundiert sein, eine Reihe von Umweltthemen behandeln und politische Prozesse und Entwicklungen mit Bezug zur Nachhaltigkeit aufzeigen,
- die Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Ungleichheit hervorheben, derer sich viele junge Menschen während der Konsultationen nicht bewusst waren,

¹⁷ Jugendkonferenz im Rahmen des neunten Zyklus des EU-Jugenddialogs in Prag, Tschechische Republik. Abschlussbericht der Konferenz: Beratungen über Nachhaltigkeit und Inklusion, 25. Juli 2022.

¹⁸ EUYD9 Mid-Term Report. Good Practices and Consultation Processes (Zwischenbericht zum neunten Zyklus des EU-Jugenddialogs. Bewährte Verfahren und Konsultationsprozesse), 30 Juni 2022.

- über reine Informationsvermittlung hinausgehen und darauf ausgerichtet sein, junge Menschen zu motivieren und zu befähigen, nachhaltig zu handeln, d. h. unter anderem, politisch aktiv zu werden und eine nachhaltige Lebensweise zu wählen,
- „apokalyptische Botschaften“ vermeiden, denn diese führen zu Hoffnungslosigkeit und wirken sich negativ auf die psychische Gesundheit junger Menschen aus.

Um die Möglichkeiten zum Lernen über Nachhaltigkeit zu verbessern, wurde vorgeschlagen, die Schulen besser einzubeziehen und das Thema in die Lehrpläne aufzunehmen. Die Schulen wurden am häufigsten als Foren für solche Lernmöglichkeiten vorgeschlagen, jedoch wurden als günstige Lernumgebungen auch die Zivilgesellschaft, Jugendvereine, Jugendorganisationen, digitale Tools und Peer-to-Peer-Programme genannt. Es wurde auch auf den Bedarf an finanzieller Unterstützung für die Jugendarbeit und die Jugendorganisationen zur Ausweitung der Lernmöglichkeiten im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit hingewiesen.

Ergebnisse zu Unterthema 2: „Handeln und Befähigung“

Eine unter den Teilnehmenden der Konsultationen verbreitete Ansicht war, dass konkretes Handeln seitens politischer Entscheidungsträger im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit weitgehend fehle und junge Menschen nur in sehr eingeschränktem Ausmaß Mittel zur Verfügung stünden, Entscheidungsträger dafür zur Verantwortung zu ziehen. In Bezug auf Politikerinnen und Politiker wurden Gefühle des Misstrauens und der Unzufriedenheit geäußert. Viele, wenn auch nicht alle, der jungen Menschen konnten verschiedene Beteiligungsmechanismen benennen (z. B. Demonstrationen, Petitionen, Organisationen der Zivilgesellschaft). Im Allgemeinen wurde jedoch die Auffassung vertreten, diese Mechanismen seien, aufgrund der Untätigkeit der entsprechenden politischen Entscheidungsträger, wenig geeignet, Veränderung im Bereich der Nachhaltigkeit herbeizuführen. Konkrete Mechanismen, die wirksamer sein könnten, wurden weitgehend nicht genannt. Junge Menschen, die sich formal engagierten (z. B. in Jugendräten oder Beratungsgremien) waren der Ansicht, diese Mechanismen hätten, sofern in den politischen Entscheidungsprozess eingebettet, sehr wohl eine gewisse Wirksamkeit. Allerdings waren vielen jungen Menschen diese Gremien nicht bekannt. Eine Verbesserung der Möglichkeiten, Entscheidungsträger zur Verantwortung zu ziehen, sei durch folgende Maßnahmen erreichbar:

- Verpflichtung der Entscheidungsträger zu umfassenderem Handeln auf der Grundlage von Ergebnissen der Beteiligungsmechanismen;

- Verbesserung des Zugangs zu Beteiligungsmechanismen, um zu gewährleisten, dass die Anliegen von Randgruppen ebenso gehört werden wie die Themen der Mehrheit, und dass es jungen Menschen, die Randgruppen angehören, ermöglicht wird, eine Führungsrolle zu übernehmen;
- Bereitstellung von mehr Möglichkeiten zur Beteiligung im Bereich der Nachhaltigkeit, insbesondere zu informellen und regelmäßigen Dialogen mit gewählten Vertretern;
- Förderung und Schutz für Jugendräte, indem mehr Ressourcen bereitgestellt und mehr Jugendräte auf lokaler Ebene eingerichtet werden sowie mehr Rückhalt im Rahmen der Gesetze geboten wird.

Ergebnisse zu Unterthema 3: „Governance“

Auf den Jugendkonferenzen im Rahmen des neunten Zyklus des EU-Jugenddialogs in Frankreich und in der Tschechischen Republik und auf der informellen Ministertagung vom 22. Januar 2022 in Straßburg wurden die Bedenken junger Menschen zum Thema „Youthwashing“ angesprochen. Den jungen Menschen, die an der Konsultationsphase teilnahmen, war dieser Begriff an sich nicht so bekannt, sie konnten in vielen Fällen das zugrunde liegende Konzept allerdings erkennen. „Youthwashing“ wurde als eine Scheinvereinbarung zwischen der Politik oder politischen Entscheidungsträgern und jungen Menschen beschrieben, aus der sich keine echte Chance auf politische Veränderung ergibt, obwohl diesbezügliche Erwartungen vorhanden sind. Im Zuge der Konsultationen wurde festgestellt, dass das „Youthwashing“ in Beteiligungsmechanismen durch folgende Maßnahmen verringert werden könnte:

- Erhöhen der Transparenz und der Sichtbarkeit, indem junge Menschen unmissverständlich über die Durchführbarkeit ihrer Forderungen informiert werden und sichergestellt wird, dass die Zusagen politischer Entscheidungsträger öffentlich aufgezeichnet und verbreitet werden;
- Nachverfolgung und Rückmeldung an junge Menschen in Bezug auf die Maßnahmen, die von politischen Entscheidungsträgern aufgrund dieser Beteiligungsmechanismen ergriffen werden, wobei die politischen Entscheidungsträger öffentlich über erreichte Veränderungen berichten oder nach Ablauf bestimmter Fristen nicht erreichte Veränderungen rechtfertigen, sowie Aufrechterhaltung des Dialogs mit den jungen Menschen;
- Entwicklung kohärenterer und stärkerer Verknüpfungen zwischen Beteiligungsmechanismen und Politikbereichen mit Bezug zur Nachhaltigkeit.

Ergebnisse zu Unterthema 4: „Mobilität und Solidarität“

Im Zuge der Konsultation wurden junge Menschen aus einer Reihe unterschiedlicher Randgruppen dazu befragt, wie sie Mobilitätsmöglichkeiten mit Bezug zur Umwelt innerhalb der gesamten EU besser nutzen könnten. Ein großes Thema waren finanzielle Hindernisse oder gefühlte finanzielle Hindernisse. Zu diesen Hindernissen zählten die unmittelbaren Kosten, fehlende Möglichkeiten zur Unterbrechung einer Erwerbstätigkeit oder das Risiko des Verlustes von Ansprüchen auf Sozialleistungen. Sprachbarrieren und der fehlende Zugang zu Informationen über derartige Möglichkeiten spielten ebenfalls eine Rolle. Einige dieser jungen Menschen empfanden die Mobilitätsmöglichkeiten der EU als ein Angebot, das eben nicht an junge Menschen ihres Hintergrunds gerichtet sei. Ein weiterer Faktor war die Tendenz, sich eher mit unmittelbaren Bedürfnissen des täglichen Lebens oder mit lokalen Themen als mit Umweltfragen zu befassen. Die befragten jungen Menschen forderten Folgendes:

- Absenken der Schwelle beim Zugang zu Möglichkeiten, beispielsweise durch den Wegfall von Kosten, die Möglichkeit zu kürzeren Aufenthalten (zwei oder drei Tage), die Vereinfachung der Verwaltungsverfahren und direkte Verbindungen über Schulen oder lokale Projekte;
- Aufstockung der finanziellen Mittel und Unterstützung für die Organisationen, die Mobilitäts- und Solidaritätsprojekte fördern;
- Konzentration auf lokale Umweltinitiativen, die mit den Gemeinschaften junger Menschen aus Randgruppen in Verbindung stehen und diese betreffen;
- Verstärkung der Sichtbarkeit und der Öffentlichkeitsarbeit unter anderem durch Bereitstellung von über Schulen vermittelten Mobilitätsmöglichkeiten sowie durch Zusammenarbeit mit Organisationen, Fachkräften und ehemaligen Teilnehmenden, die das Vertrauen junger Menschen aus Randgruppen genießen;
- Hervorhebung der persönlichen Vorteile, die sich aus einer Teilnahme ergeben, insbesondere hinsichtlich der Beschäftigungsfähigkeit und der beruflichen Fähigkeiten, sowie attraktivere Gestaltung der Möglichkeiten;
- Bereitstellung flexibler, hochwertiger und professioneller Unterstützung, die den sehr unterschiedlichen Bedürfnissen in Bezug auf den Zugang gerecht wird, einschließlich der Bereitstellung von Ressourcen für Organisationen, die mit jungen Menschen aus Randgruppen arbeiten, zur Förderung von Mobilitätsmöglichkeiten mit Umweltbezug.

Ergebnisse zu Unterthema 5: „Zugang zu Infrastruktur“

Finanzielle Einschränkungen wurden von jungen Menschen als eines der Haupthindernisse angegeben, nachhaltigere Lebensentscheidungen zu treffen. Die hierzu befragten Teilnehmenden wünschten sich die Entwicklung einer nachhaltigen und für junge Menschen erschwinglichen Infrastruktur. Zudem wurde das generelle Fehlen von Infrastruktur in ländlichen Gebieten hervorgehoben. Unter anderem wurden folgende Arten von Infrastruktur gefordert:

- erschwinglichere und verbesserte öffentliche Verkehrsmittel sowie sicherere und weiter verbreitete Infrastruktur für Radfahrer, damit das Fahrrad zu einer echten Alternative zum Auto werden kann;
- erschwingliche Wohnmöglichkeiten, denn finanzielle Hindernisse seien ein wichtiger Faktor für junge Menschen, der es ihnen erschwere, bei der Wahl der Wohnung an Nachhaltigkeit zu denken;
- mehr grüner und offener öffentlicher Raum und Förderung erneuerbarer Energien;
- erschwingliche Möglichkeiten zu nachhaltiger Ernährung und nachhaltigem Konsum, einschließlich Recycling und Wiederverwendung. Dieses Thema war vielen der jungen Menschen wichtig; andere Vorschläge nahmen allerdings eine höhere Priorität ein.

Auf der EU-Jugendkonferenz in Prag wurde festgestellt, dass die Jugendpolitik und der Jugendsektor bei der Förderung der Beteiligung junger Menschen innerhalb der Politikbereiche, die in einem direkten Zusammenhang mit Infrastruktur stehen, wie Verkehr, Wohnraum, Stadtplanung, Energie und Landwirtschaft, eine Rolle spielen müssen.

Ergebnisse zum Querschnittsthema: „Generationendialog“

Auf der EU-Jugendkonferenz in Prag wurde festgestellt, dass Nachhaltigkeit und Inklusion keine „Jugendthemen“ seien, sondern es sich vielmehr um Fragen handle, die die gesamte Gesellschaft betreffen. Daher sei für eine gute Praxis bei der politischen Entscheidungsfindung ein Generationendialog – zwischen allen Generationen – erforderlich. Während der Konsultationen im Rahmen des neunten Zyklus des EU-Jugenddialogs wurde ein Generationendialog nicht nachdrücklich gefordert, allerdings fand das Thema, als es vorgestellt wurde, bei den jungen Teilnehmenden ein gewisses Maß an Unterstützung. Der Generationendialog, so wurde festgestellt, bringe das Potenzial mit sich,

- Anerkennung und Legitimation für die Sorgen und Bemühungen junger Menschen zu Themen der Nachhaltigkeit zu erreichen,
- gegenseitige Solidarität und Unterstützung zwischen den Generationen aufzubauen,
- intergenerationelles Lernen zu fördern und es jungen Menschen zu ermöglichen, Einfluss auf die Ansichten der älteren Generationen zur Nachhaltigkeit zu nehmen.

Zudem wurde die Ansicht vertreten, dass der Generationendialog bestehende Mechanismen zur Beteiligung der Jugend oder den direkten Dialog zwischen jungen Menschen und politischen Entscheidungsträgern nicht ersetzen sondern vielmehr parallel dazu stattfinden sollte.